



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

♀: Minister und Volksvertreter in Preußen.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Minister und Volksvertreter in Preußen.

In den reactionären Kreisen Berlins circulirte, wie wir hören, im letzten Winter eine Denkschrift, deren Verfasser ein gewandter Kenner einflussreicher Persönlichkeiten und ihrer Wünsche ist. Darin waren schlaue Rathschläge über die Behandlung der Kammern und für Discreditirung des constitutionellen Lebens gegeben. Einige dieser Rathschläge empfahlen so wenig als möglich durch die Kammern zu thun, ihnen die Initiative in wichtigen populären Fragen so viel als möglich zu nehmen, unvermeidlichen Forderungen des Volkes nachzugeben, immer aber aus eigener Machtvollkommenheit, wo möglich so, daß eine Demüthigung der Häuser damit verbunden sei, damit das Volk erkenne, daß nicht ihre Profession, sondern die höhere Einsicht der Krone ihm das Nöthige als Geschenk aus eigener Machtvollkommenheit gebe. Ferner aber das Heer und das Beamtenthum der Kammer völlig zu entfremden, nicht zu dulden, daß ein activer Officier in das Abgeordnetenhaus trete, den Beamten thatsächlich zu erweisen, daß, wer an dem constitutionellen System Interesse zeige, jede Ungunst zu gewärtigen habe, welche die Staatsregierung, ohne die Sache auffallend zu machen, ihm zeigen könne. Ja, es müsse keinen Unterschied machen, wie ein Beamter als Abgeordneter stimme, auch die loyalste Parteinahme für das Ministerium dürfe ihm nicht Gnade verschaffen, der Beamte müsse erkennen, daß nur vollständiges Enthalten von solcher Zeitströmung sein Wohl sichere. Die Minister müßten ihren Verkehr mit den Häusern auf das Nothwendigste beschränken, jede vertrauliche Auslassung vermeiden, in ihren Beziehungen zu denselben kalte Förmlichkeit zeigen. Im Staatshaushalt müsse die höchste Sparsamkeit in allen Zweigen beobachtet werden, damit man nach und nach mit dem ordentlichen Etat auskomme, nicht mehr die Abgeordneten des Volks bedürfe. So könne die Bildung des preußischen Volkes allmählig aus den Kammern entfernt, und die Theilnahme auf Untüchtige, Einflußlose und hohle Schreier beschränkt werden. Selbst das Herrenhaus sei aus demselben Grunde nicht mit Vorliebe zu behandeln. Dadurch werde das Verfassungsleben im Volke selbst discreditirt werden. — Die Denkschrift scheint da eine Rückkehr zum Princip ständischer Gliederung für möglich zu halten.

Das sind freilich leere Träumereien, in mehreren Punkten unausführbar, sie zeigen höchstens, wie verkehrt eine Partei immer noch die Zustände des Staates betrachtet. Wir sind sehr weit von der Annahme entfernt, daß die gegenwärtigen Minister Preußens ein solches Programm mit Wissen und Con-

sequenz auszuführen bereit wären. Im Gegentheil ist klar, daß bei ihnen, wie bei allen, welche mit einer Volksvertretung regieren, das Bedürfniß zu gefallen und sich mit dem Volke zu befreunden, sehr lebendig war. Aber es ist eine finstere Laune des Geschicks oder genauer gesagt, eine unvermeidliche Folge ihrer schiefen Stellung zur Volksvertretung, daß sie, ohne es zu wissen und zu wollen, auf einige Punkte jener reactionären Denkschrift gedrängt werden, welche sie vielleicht vor einigen Monaten mit dem Gefühl stiller Ueberlegenheit lächelnd gelesen haben.

Einstimmig und gut hat die unabhängige Presse in Deutschland und im Auslande auf die häufig wiederholte Behauptung geantwortet, daß die Minister als Diener Sr. Majestät des Königs genau auf dem Boden des Programms ständen, welches der König selbst mündlich und schriftlich bekannt gemacht hat. Allgemeine Regierungsgrundsätze, selbst wenn sie viel genauer formulirt werden, als dies bei den königlichen Verheißungen der Fall war, genügen nicht, um zwingenden Tagesfragen gegenüber das Verhalten der Krone und ihrer höchsten Beamten zu regeln. Und seit Ernennung der gegenwärtigen preussischen Minister und der königlichen Antwort auf die Adresse ist der Staat in der Lage, daß ein Conflict zwischen der obersten Staatsregierung und dem Volke vor Aller Augen offen liegt, ein Gegensatz, der durch wohlwollende Worte gar nicht mehr auszugleichen ist. Es ist wahrscheinlich, daß die Minister den besten Willen hatten, soweit ihnen Urtheil und Kraft reichte, die Fehler ihrer Vorgänger zu verbessern, durch populäre Maßregeln die Abgeordneten des Volkes für sich zu gewinnen. Es ist ebenso kaum zu bezweifeln, daß sie diese Hoffnung jetzt bereits aufgegeben haben und keinen andern Weg vor sich sehen, als im Kampfe mit der großen Majorität des preussischen Volkes das Staatsschiff durch künstliches Laviren in den höher schwellenden Wellen treiben zu lassen. Verlehtes Selbstgefühl, persönliche Kränkungen, ihr Stolz und ihr Trieb, sich zu erhalten, werden ihnen die Abgeordneten, die Häuser, zuletzt das parlamentarische Leben immer mehr verleiden. Wenn sie als ehrliche Männer bei Uebernahme des Amtes noch die Empfindung hatten, von den maßlosen Reactionären der Hofpartei durch eine weite Kluft getrennt zu sein, so werden sie wahrscheinlich in sehr kurzer Zeit sich auf einem Standpunkt befinden, der von den erwähnten Sätzen jener Denkschrift nicht mehr weit entfernt ist. Und wie das Abgeordnetenhaus sich ihnen in einen Haufen böswilliger Gegner verwandelt, so wird ihnen die Partei, welche ihnen Zuverlässigkeit, Vertrauen und Achtung erweist, zuletzt als die einzige Hilfe und Rettung des Staates erscheinen. Noch rechnen sie in der Stille auf eine Bekehrung der öffentlichen Meinung in Preußen. Sie haben eingesehen, daß gegenwärtig eine Auflösung des Abgeordnetenhauses ihnen keine bessern Wahlen gegeben hätte. Aber sie erwarten, daß der Eifer des Volkes, welcher eine große Anzahl unbekannter, unbedeutender

Männer heraufgehoben und manche bewährte Intelligenz vernachlässigt hat, sich wieder beruhigen und eine Stimmung für das Allgemein machen werde, was ihnen als maßvolleres Urtheil erscheint. Wenn sie dabei für ihre eigene Popularität etwas hoffen, dann ist, so fürchten wir, nie ein Irrthum größer gewesen. Es ist nicht unmöglich, daß die Majorität des Abgeordnetenhauses an Popularität verliere, weil das Vertrauen zu ihrer Kraft oder auch zu ihrer Besonnenheit sich verringert. Es ist nicht unmöglich, daß die Wähler in irgend einer nahen Zukunft wieder ein wenig mehr auf ihre alten Führer zurücksehen, daß Kühne noch einmal in Berlin gewählt wird und daß Saufen-Julienfelde nicht um die Majorität in seinem Wahlkreise zu sorgen braucht. Aber auch ein solcher immerhin denkbarer Fall würde den gegenwärtigen Ministern vielleicht eine weniger laute, aber nicht weniger gereizte Opposition bereiten.

Jedoch ein solches Abwenden des Volkes von den entschlossenen Liberalen der gegenwärtigen Kammer ist höchst unwahrscheinlich. Ja man muß erwarten, daß so lange das gegenwärtige Ministerium besteht, das directe Gegentheil eintreten wird. Die Existenz des gegenwärtigen Ministeriums demokratisirt das preussische Volk mit großer Schnelligkeit; das Mißtrauen ist so groß geworden, daß jeder Widerstand, welchen sie einem Drängen des Abgeordnetenhauses entgegensetzen, daß jede Forderung, welche sie selbst stellen, ihnen auf das Nachtheiligste gedeutet wird. Es ist vorauszusehen, daß die Reibung zwischen den beiden Factoren der Gesetzgebung größer werden wird. Jeder Blick auf die schwebenden Tagesfragen lehrt das. Der Wahlkampf, der direct gegen sie ging, gab dem Volk ein lebhaftes Gefühl der eigenen Tüchtigkeit und Kraft, und wir erlebten das Unerhörte, daß die Opposition der Wähler gegen das Ministerium und seine Erlasse von der ganzen Welt als eine Erhebung und ein Fortschritt Preußens begrüßt wurde.

Es ist wahr, die Minister sind bemüht, der Stimmung des Volkes Concessionen zu machen, auch dem Abgeordnetenhause in Nebenfragen nachzugeben. Aber weder die größere Specialisirung des Budgets, noch die Aufhebung der Aufenthaltskarten, noch irgend eine andere Maßregel wird, so fürchten wir, einen wesentlichen Einfluß auf ihre Stellung zu den Wählern Preußens haben. Jede liberale Maßregel wird ihnen als erzwungene Nachgiebigkeit, jedes Eingehen auf die Wünsche der Kammern als Schwäche ausgelegt werden, und jeder Erfolg, welchen die Vertreter des Volkes durchsetzen, wird von dem Volke als ein Sieg des liberalen Princips über sie selbst aufgefaßt werden. Alle Welt sieht voraus, daß schon in den nächsten Wochen bei Berathung der Militärvorlagen ein Conflict auf Sein und Nichtsein zwischen ihnen und dem Abgeordnetenhause bevorsteht. Und wie groß ist die Zahl derer, welche den Ministern den Sieg wünschen? Sie selbst werden auf ihren dornenvollen Sizen am besten beurtheilen, wie ihr persönliches Verhältniß zur Krone beschaffen ist. Sie wer-

den sich aber nicht verbergen können, daß es im Wesen der Majestät liegt — wie auch an höchster Stelle die Auffassung des Verfassungslebens sein möge — Minister nur so lange zu halten, als sie etwas durchsetzen, d. h. sie als in den Fragen, bei denen ein besonderes Interesse der höchsten Gewalt im Spiele ist, derselben nützen. Das vorige Ministerium war durch ein innigeres Verhältniß und besondere Pietät mit der Persönlichkeit des Königs verbunden, und doch fiel es, als es sich abgenutzt hatte. Wie sehr auch der eigene Wille der Majestät bei der Wahl der gegenwärtigen Minister thätig war, es ist kein Zweifel, daß dennoch ihre Thätigkeit zuletzt der Krone verleidet wird, wenn sie auf die Dauer nichts durchzusetzen vermögen, ja wenn ihre Existenz als eine fort-dauernde Störung des gemüthlichen Verhältnisses zwischen Fürsten und Volk betrachtet werden sollte, eines Verhältnisses, welches ein Fürst auf die Länge vielleicht noch weniger als sein Volk ohne den größten Schaden für sein Haus und ohne stilles Wehe entbehren kann.

So ist die Stellung der Minister nach Unten und Oben eine unsichere, und es ist vorauszu sehen, daß sie auf die Länge so nicht dauern kann. Daß aber auf dem Wege, den man jetzt eingeschlagen, der stille Widerstand des Volkes nicht beseitigt wird, und daß er noch weniger durch kleine Mittel, hier durch Concessionen, dort durch polizeiliche Restriktionen, zu brechen ist, davon werden die Minister sich sehr bald überzeugen, wenn sie das überhaupt je geglaubt haben.

Aber vielleicht gibt es einen Weg, auf welchem das gegenwärtige Ministerium den Gegensatz in innern Fragen zum Schweigen zu bringen und sich allmählig eine achtungsvolle Popularität zu erobern vermöchte: eine kräftige, entschlossene Politik nach außen. Kein Unbefangener wird verkennen, daß einige Anstrengungen gemacht worden sind, dem Selbstgefühl der Preußen nach dieser Richtung Genüge zu thun. Das Ministerium hat die Erbschaft seiner Vorgänger, den Handelsvertrag mit Frankreich, übernommen und sich um die Durchführung dieser großen Maßregel aufrichtig bemüht. Es hat, was immerhin gerühmt werden soll, eine Wehrkraft von etwa drei deutschen Regimentern mit der preußischen Armee eng verbunden. Es hat auch in der kurhessischen Frage einen sehr ernstgemeinten Versuch gemacht, eine Lösung im preußischen Interesse herbeizuführen. Aber gerade diese Frage zeigt, wie wenig sicher und wie wenig fruchtbar alles politische Handeln wird, wenn ihm der letzte Regulator fehlt: ein inniges Einverständnis mit dem Volke. Auch hier war trotz gutem Willen, ja bei zeitweiligem Eifer etwas Kräftiges zu thun, das Vorgehen bis jetzt nur ein Anlauf, bei welchem Preußen dazu verurtheilt war, sich selbst die Spitze seiner Waffe abzubrechen. —

Und doch, die Angelegenheit Kurhessens ist noch nicht beendigt, gerade indem diese Zeilen geschrieben werden, erhebt sich, freilich unter größern Schwie-

rigkeiten, die neue Möglichkeit, das Versehene gut zu machen. Noch ist hier dem Ministerium eine Gelegenheit gegeben, durch eine muthige That der Ehre Preußens und seinem Einfluß in Europa einen wesentlichen Dienst zu leisten. In der That, wenn das Ministerium sich mit Erfolg in dieser deutschen Angelegenheit zu behaupten wüßte, so würden die Anhänger der preußischen Partei ihm dafür freudig ihren Dank aussprechen; denn wenigstens unser Urtheil darf niemals durch eine pessimistische Stimmung geleitet werden, welche einem preußischen Ministerium keine Erfolge wünscht, damit es sich völlig ruinire.

Freilich ist eine erfolgreiche Abwicklung der kurhessischen Wirren diesem Ministerium weit schwerer als einem volksthümlichen, sie ist außerdem durch einen Fehler des auswärtigen Amtes höchlich erschwert.

Dem Ministerium war für Behandlung der kurhessischen Frage eine vortreffliche Grundlage durch die Uebergriffe des Bundes über seine Machtbefugnisse im Jahre 1860 gewonnen. Wenn Preußen diesen Fehler der Gegner zu der Erklärung benutzte, daß der Bund sich ja selbst jedes Rechtes begeben habe, für Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände in Kurhessen mitzuwirken, so war ihm ein Eingreifen, ja auch das Einrücken seiner Truppen in Kurhessen gar nicht zu wehren. Die Verfassung von 1831 in der Hand, konnte es mit der kleinen Zahl seiner Verbündeten die unerträglich gewordenen Verhältnisse energisch beseitigen, es konnte sich die Majorität der Bundesversammlung als Verbündete des Kurfürsten, als erklärte Gegner der Volkswünsche von ganz Deutschland, gegenüber stellen, es benahm Oestreich und dem Bunde durch sein actives Vorgehen, welches natürlich reizen mußte, jede Gelegenheit aus seiner schwachen und abwartenden Stellung hervorzukommen, es benutzte einen großen Fehler der Gegner, sich selbst freie Hand zu verschaffen. Von diesem Standpunkte aus wurden in der That die ersten Schritte Preußens gethan, die wünschenswerthe Pression auf den Kurfürsten auszuüben. Aber in einer unbegreiflichen Inconsequenz verließ das auswärtige Amt zu Berlin diese zweckmäßige Basis für ein freies Handeln, es warb um Beihilfe Oestreichs für Herstellung der Verfassung von 1831, es willigte in gemeinsame Anträge am Bunde, es erkannte plötzlich die höchste Competenz des Bundes an. Dadurch umschnürte sich die preußische Regierung selbst mit schweren Fesseln, welche fortan jedes selbständige Handeln lähmen mußten. Oestreich und die Würzburger, der Paragraph 11, Doppelzüngigkeit und geheime Ränke der Diplomatie zogen triumphirend durch die geöffnete Pforte in Kurhessen ein. Mit fast sichtlicher Freude ergriff Oestreich die dargebotene Hand — noch ist unaufgeklärt, ob nicht östreichischer Einfluß in Berlin schon bei Fassung des verhängnißvollen Entschlusses im Geheimen thätig war — behend eilten die Würzburger, aus ihrer unpopulären und unhaltbaren Stellung heraus zu kommen, eifrig erkannten sie in der Mehrzahl die Verfassung von 1831 an, der fluge Fürst der Schwaben

beeilte sich noch weiter zu gehn als Preußen und auch das populäre Wahlgesetz anzuerkennen, zu welchem Graf Bernstorff noch unsicher stand. Und der Bund begann seine Arbeit. Oestreich drängte zu Frankfurt scheinbar im besten Einvernehmen mit Preußen und bemühte sich in Kassel als vertrauter Rathgeber des Kurfürsten zu temporisiren und für ihn Zeit zu gewinnen. Von jetzt ab hielt es mit dem Gefühl der Ueberlegenheit seinen Schild über den Kurfürsten und dessen Politik, dieser konnte jetzt ruhig den preußischen Mahnungen kurze Antworten geben, jede Nachgibigkeit gegen Preußen verweigern. Alles Eifern und Zürnen zu Berlin, Kriegsbereitschaft, Ansammeln von Truppen an der Grenze war ihm ein harmloses Seitenmanöver geworden, zwar lästig, aber wenig gefährlich. Denn die Majorität zu Frankfurt war von Preußen selbst als oberster Richter über sein und seines Staats Geschick anerkannt. Und Preußen kam in die demüthigende Lage, daß sein Treiben und Trommeln nur den Nutzen hatte, hier und da die Oestreicher ein wenig zu offizieller Beschleunigung anzufeuern, bis endlich die Stunde kam, wo dem Vernehmen nach Baron Kübeck dem preußischen Bundesgesandten erklären durfte, seine Regierung werde ein Einrücken der Preußen in Hessen nicht dulden. Unterdeß sahen die Preußen längs der Grenze unthätig, ihre Lage wurde lästig; der erste Eifer zu Berlin schien verraucht, man nahm an, daß der gespannte Hahn dort wieder in Ruh' gesetzt sei, und daß man sich hüten werde, ihn zum zweitenmal wirkungslos aufzuziehen. Nachdem man dies abgewartet hatte, warf man die Maske ab. Man hatte sich zu Kassel unter der ersten Einwirkung der Betroffenheit widerwillig den Anschein gegeben, auf preußische Forderungen und die Wünsche des Volks bei Auswahl des neuen Ministeriums Rücksicht zu nehmen. Jetzt wurde plötzlich unter dem Einfluß der Oestreicher und Würzburger ein Ministerium gebildet, welches nicht einen Namen von der Ministerliste enthielt, welche Preußen für das hessische Volk aufgestellt hatte.

So ist zwar nicht die ganze Mühe Preußens vergeblich gewesen, denn es ist unläugbar und wird überall in Deutschland anerkannt, daß zuletzt nur sein Druck dem Kurfürsten und die Majorität des Bundestags zur Anerkennung der Verfassung bestimmt habe; aber dieser Erfolg ist mit herben Demüthigungen und mit einer großen diplomatischen Niederlage verbunden. Und in der Sache selbst gibt das erwählte Ministerium, preußenfeindlich und reactionär, durchaus keine Sicherheit für eine Beseitigung des alten Leidens von Hessen.

Nun wäre allerdings möglich gewesen, daß Preußen, auch nachdem es Oestreich zur Theilnahme eingeladen und die hessische Angelegenheit der Kompetenz des Bundes aufs Neue unterworfen hatte, doch noch selbständig in Kurhessen interveniren konnte, wenn nämlich das kurhessische Volk selbst sich geregt hätte, um Unerträgliches zu entfernen. Die Preußen durften dann als einen Act diplomatischer Klugheit betrachten, daß sie Oestreich zur Anerkennung der Ver-

fassung von 1831 und zur Anerkennung des gekränkten Volksrechts bewogen, sie selbst hatten dann Oestreich die Waffen des Widerstandes aus der Hand geschlagen, wenn etwa das hessische Volk sich erhob, den Schutze Preußens anrief und wenn preussische Bataillone als Wiederhersteller und Schützer der Verfassung einzogen. Hat das Ministerium in Berlin einen Augenblick an solche Möglichkeit gedacht, vielleicht darauf gehofft? Wenn das der Fall war, was wir kaum glauben, so hatte es vergessen, daß seine eigene Existenz und die innern Zustände Preußens ein solches vertrauensvolles Zuwenden des hessischen Volkes sehr erschwerte. Dergleichen wäre im Jahre 1860 leicht möglich gewesen, im Jahre 1862 ist es fraglich, ob selbst die jetzige Wahl eines unpopulären Ministeriums in Cassel dergleichen Wirkungen ausüben könne. Die letzten Marschbefehle zeigen, wie unzufrieden man in Berlin mit der Entwicklung der Ministerkrisis in Cassel ist und daß man die wahrscheinlich unbestimmte Vorstellung hat, es müsse jetzt etwas Entscheidendes geschehen. Nun ist die Angelegenheit bereits sehr verfahren, aber es ist doch nicht unmöglich einen Ausweg zu finden, wenn man noch jetzt von dem betretenen Wege der Bundespression, auf welchem gar nicht weiter zu kommen ist, heruntergeht. Wenn Preußen erklärt, daß das Ministerium zu Cassel durch seine Persönlichkeiten keine Garantie für eine ehrliche Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände gäbe, daß Preußen darauf verzichten müsse, durch Oestreich und den Bund dieselben hergestellt zu sehen, daß es sich genöthigt sehe, das Recht der freien Hand wieder in Anspruch zu nehmen und selbstthätig einzugreifen. Man bewege die Truppen vorwärts, erkläre jedes Einrücken nichtpreussischer Truppen in das Land für einen casus belli und bereite sich auf jede Eventualität.

Die politische Lage Europa's ist so günstig als möglich. Die orientalische Aufregung nimmt Dimensionen an, welche die Interessen der Großmächte nach Belgrad, Bukarest, Konstantinopel und Jerusalem ziehen. Oestreich ist in Italien und selbst im Orient ohne Bundesgenossen, es vermag den Streit mit Preußen nicht über die Grenzen diplomatischer Noten herauszuheben, ohne einen europäischen Krieg zu veranlassen, der ihm größeres auf das Spiel setzt, als seinen Einfluß in Hessen. Preußens Stellung ist bei dem bevorstehenden Conflict den großen Mächten Europa's wieder einmal die günstigste. Eine Besetzung Kurhessens, nicht zu einer Eroberung, sondern zu ehrlicher Wiederherstellung gesetlicher Zustände würde weder Frankreich noch England zu mehr als einer Anfrage veranlassen. Die Verbindung deutscher Mittelstaaten mit Oestreich aber ist nur so lange lästig, bis Preußen in guter Sache Ernst zeigt. So ist dem Ministerium immer noch die Möglichkeit gegeben, die Wege einer Achtung erzwingenden Politik zu betreten.

Aber wird, was möglich ist, auch ihm ausführbar sein? Auf die fröhliche Bestimmung der Preußen sowol als der Hessen hat es beim Beginn seiner

Operationen nicht zu rechnen, die soll es sich erst verdienen, und es ist schwer, einen großen und für den Staat immerhin verhängnißvollen Entschluß zu fassen, wenn man die Last desselben so allein und einsam zu tragen hat. Auch würde durch ganz Deutschland die Ironie des Geschickes mit einiger Schadenfreude empfunden werden, daß das preussische Ministerium kriegerisch gegen ein besessenes auftritt, welches sich, gerade wie das preussische, offiziell zu allem Liberalismus der Situation bekannnt hat und gerade so wie das preussische unter dem Verdacht leidet, nur auf Befehl und mit geheimen Reserven diese liberalen Concessionen gemacht zu haben. Die größte Schwierigkeit aber liegt für das gegenwärtige Ministerium darin, daß in dem Augenblick, wo es durchsetzt, daß Preußen die ehrenvolle Straße einer selbstkräftigen Politik betritt, auch ihm selbst die Möglichkeit einer Entfernung aus seinem Amte näher rückt. Denn wenn Krone und Volk schon in friedlicher Zeit den gegenwärtigen Zustand voll Mißvergnügen und Argwohn nicht wol auf die Länge ertragen werden, so wird beim Herannahen großer Konflikte die Wiederherstellung der innern Einigkeit, des geschwundenen Vertrauens, unentbehrlich.

Bei solchen Aussichten erscheint das preussische Ministerium nach innen und außen gelähmt. Die Ungunst seiner innern Unpopulartät erschwert ihm höchlich ein kräftiges Auftreten gegen fremde Cabinette, und eine kräftige äußere Politik, welche den Staat in ernsthafte Konflikte bringt, droht ihm wieder mit schnellem Ende. Auch eine Ergänzung durch neue Kraft würde ihm wenig helfen, denn Herr von Bismarck würde dasselbe Mißtrauen verfolgen, welches die Thätigkeit der Minister so sehr erschwert. Davon aber mögen den preussischen Staat seine guten Sterne bewahren, daß das gegenwärtige Ministerium ohne aufrichtige Veröhnung mit dem Volk, ohne Modification in seiner Zusammensetzung, in der bisherigen Weise des auswärtigen Amtes, eine kühne Politik beginne. Neue größere Niederlagen würden die unvermeidliche Folge sein. Lieber wollen wir Anhänger Preußens die Bedeutungslosigkeit, in welche Preußen zurückzufallen droht, mit stillem Schmerz ertragen.

Die Lehre aber, welche wir aus einer solchen Stellung des gegenwärtigen Ministeriums zu ziehen haben, ist der Satz: Es ist schon jetzt in Preußen nicht mehr möglich zu regieren im Widerspruch gegen die Majorität der Volksvertreter.

Unterdeß haben die Häuser des Landtags ihre Arbeit begonnen. Auch dem neuen Haus der Abgeordneten war bis jetzt nicht vergönnt, den Eindruck besonderer Größe und Kraft zu machen. Und wer von der ungeübten Kraft, welche sich jetzt so reichlich darin regt, auf der Stelle glänzende Debatten, große Resultate erwartet hat, der hat in der That Unbilliges verlangt. Was von Charakter und politischem Talent in der Kammer ist, das mag sich allmählig in der parlamentarischen Zucht entwickeln, das Wichtigste für Preußen sind jetzt noch gar nicht die Virtuosen der Tribüne, sondern die Parteibildung und die

Fortschritte, welche dieselbe macht. Es ist auch in d. Bl. oft die Ueberzeugung ausgesprochen worden, welche zu wiederholen die Presse nicht aufhören soll, daß der nächste große Erfolg in dem innern Leben Preußens abhängig ist von der Vereinigung der liberalen Fraktionen zu einer großen und sichern Majorität, welche die Majorität der Volkswünsche darstellt und leitet und einem Ministerium seines Vertrauens feste Stütze werden kann. Alles, was jetzt die Preußen stört und aufhält, Stimmungen der höchsten Regierungsgewalt, unpopuläre Minister, preußenfeindliche Fraktionen in der Kammer selbst, alles das wird mit Leichtigkeit versöhnt oder überwunden, sobald die Kammer durch die erwähnte Vereinigung einen sicheren Schwerpunkt darbietet. Nicht unbedeutend sind die Fortschritte, welche die Parteibildung in der neuen Session gemacht hat, aber noch haben die preussischen Abgeordneten Einiges zu lernen und zu überwinden. Der Zerfall der altliberalen, ministeriellen Partei durfte nicht überraschen, er war die unvermeidliche Folge des ruhmlosen Sturzes, welcher dem Ministerium unserer alten Freunde zu Theil wurde. Die neugebildete Fraktion Vincke's ist nicht als eine Fortsetzung der altliberalen Partei zu betrachten, sie ist vielmehr der Anfang einer sehr berechtigten konservativen Partei unsrer Zukunft, in diesem Sinne ein großer Fortschritt der neuen Kammer. Das Junkerthum, wie es von 1848 bis jetzt sich in oft grotesken Formen gebreitet hat, ist für jeden, der näher zusieht, bereits in einer innern Auflösung begriffen, es wird unter dieser und in den ersten Jahren einer nächsten Regierung sich allmählig ruhmlos ausleben. Die Fanatiker der Reaction unter den Landjunkern verfallen den Wisblätter und zuletzt den Vorstadttheatern, die Generäle, welche ohne große Kriegsthaten in der Hoflust avancirt und in Parade, Gebetbuch, Cour und Vermünschung der Revolutionäre alt geworden sind, werden beseitigt werden, die Gescheuteren vom Landadel aber, welche schon jetzt den kräftigeren Wellenschlag unsrer Zeit nicht von sich abhalten können, werden endlich genöthigt sein, sich neue Führer zu suchen und die alten Gegensätze, welche sie einst von ihren freier gebildeten Standesgenossen getrennt haben, zu begraben. Andererseits ist sehr wahrscheinlich, daß auch Hr. v. Vincke und seine Freunde durch den Gegensatz zu jüngern und rücksichtsloseren Liberalen etwas mehr nach Rechts gedrängt werden. Es wird aber einer längeren verdienstlichen Thätigkeit dieser Partei und großer Fehler der neuen Fraktionen bedürfen, um die Majorität der Wähler wieder mit ihr zu befreunden.

Wie zwingend das Bedürfniß nach einer neuen Organisation auch bei maßvollen Abgeordneten war, hat das schnelle Wachsthum der Partei Bockum-Dolffs gezeigt. Aus einer der kleinsten Fraktionen des Hauses ist sie zu der zweitgrößten geworden; in ihr und der besonnenen Majorität der Fortschrittspartei liegt jetzt die Zukunft des preussischen Liberalismus. Die Fortschrittspartei selbst bildet noch eine ungefüge Masse, welche sehr disparate Ele-

mente umschließt. Sie wird zur Zeit noch zusammengehalten durch die Erinnerung an das gemeinsame, schnelle Heraufkommen durch die eigenen Siege und den Haß der Gegner. Aber der nächste Fortschritt, welchen die Parteilbildung in Preußen zu machen hat, sollte das Ausscheiden Waldeck's und einer Anzahl radicaler Elemente aus der Majorität der Partei sein. Denn wie für Waldeck, den Radowiz der preußischen Demokratie, eine fortwährende Resignation nöthig ist, sich einer Majorität unterzuordnen, so muß manches, was an ihm und seinen Anhängern schwer erträglich ist, auch sein Ausscheiden den besonnenen Fortschrittmännern wünschenswerth machen. Diese werden dadurch von einem unruhigen, doctrinären, zuweilen unberechenbaren Elemente befreit, welches den Entschlüssen der Partei etwas Aufgeregtes und Pessimistisches zu geben droht, was dem preußischen Wähler sehr bald Kopfschütteln verursachen könnte. Die Ausscheidung einer Fraction Waldeck aber würde 96 Mitglieder von Bockum-Dolffs und etwa 100 Mitglieder der Fortschrittspartei so nähern, daß es dann nur einer starken äußern Veranlassung bedürfte, um die Mitglieder derselben zu gemeinsamer Parteitaktik fest zu verbinden. Ob diese äußere Veranlassung in einer zähen gesetzlichen Opposition gegen eine abgeneigte Regierung, oder in der Bildung eines combinirten Ministeriums aus Mitgliedern der beiden Parteien bestehen wird, das ist freilich nicht vorauszusagen, daß aber der letztere Fall früher oder später eintreten muß, das darf man ohne Prophet zu sein, voraussetzen.

Denn die Strömung der Volkskraft wird noch längere Zeit nach der linken Seite hin fluthen. Und um so heftiger, je länger der Widerstand dauert, welchen dreißig Regierungen, Hofloterien und romantische Stimmungen einigen höchsten Bedürfnissen der Nation entgegen stellen. Für Preußen aber, das erlauchte Haus der Hohenzollern, kann ein Patriot in der gegenwärtigen Lage keinen innigeren Wunsch aussprechen, als daß sich in dem Abgeordnetenhaus recht bald die Bildung einer starken Majorität vollenden möge. Erst nach dieser Abklärung und Vereinigung wird das Verfassungsleben Preußens Kraft, eine vorurtheilsfreie Regierung feste Stützen gewinnen. ♀